



## **Dringlicher Antrag der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 17.09.2020

von

**GR Mag. Gerald Kuhn**

### **Betrifft: Auftreten gegen Diskriminierung mit mehr Sichtbarkeit von Diversität**

Unsere Gesellschaft ist vielfältig und das ist gut so. Vieles hat sich auf rechtlicher und gesellschaftspolitischer Ebene in den vergangenen Jahren auch verändert und verbessert. Trotzdem ist die Diskriminierung – verdeckt oder offen - von lesbischwul-transgender-intersexuellen Lebensweisen nach wie vor Realität und Alltag. Es gibt leider immer wieder offene Anfeindungen.

Was wohl in der Empörung und Sorge über die antisemitischen Übergriffe in unserer Stadt etwas unterging ist die Tatsache, dass sich die Gewalt des Täters auch gegen die Vereinsräumlichkeiten der Rosalila PantherInnen und damit gegen LesBiSchwule-, Transgender- und Intersexuelle-Personen richtete. Auch in Wien gab es eine von Hass getragene Aktion, als bei einer Kundgebung von sog. „Querdenker\*innen“ auf der Bühne und unter Beifall des Publikums eine Regenbogenfahne, die weltweit als Symbol der LesBiSchwul-Trans-Inter\* Community gilt, zerrissen wurde.

Um solchen Übergriffen, der Hetze und der Diskriminierung entgegenzutreten, sind eine klare Haltung, breit geführte Diskurse, Informations- und Bewusstseinsangebote sowie eine queere Sichtbarkeit im Alltag erforderlich.

Wir wissen aus zahlreichen Untersuchungen, dass es mit der Akzeptanz von gleichgeschlechtlich Liebenden nicht allzu weit her ist und dass es nach wie vor großen Handlungsbedarf gibt. So zeigt der Eurobarometer, eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene regelmäßig durchgeführte Meinungsumfrage, die unterschiedlichen Akzeptanzniveaus in den EU-Mitgliedsstaaten auf. Antworteten auf einer 2019 geführten Umfrage 95% der Schwed\*innen, 92% in den Niederlanden, sowie 90% in Dänemark, dass sie kein Problem mit homosexuellen Paaren haben, stimmten in Österreich nur 65% dieser Frage zu. Hier ist also noch viel Luft nach oben.

Die Menschenrechtsstadt Graz kann zu einem positiven Diskurs einiges beisteuern: Sie könnte beispielsweise Straßenbahnen und Busse, wie mittlerweile seit 2001 in Wien, mit Regenbogenfahnen

ausstatten und damit zur Sichtbarkeit und Akzeptanz beitragen. Aber auch im Bildungs- und Präventionsbereich und in der Jugendarbeit wäre noch viel zu tun. In Schulen, Kindergärten oder Jugendzentren kann durch queere und genderechte Kinder- und Jugendliteratur oder durch Workshops, wie sie die Rosalila PantherInnen in den letzten Jahren immer wieder angeboten haben, verstärkt Akzeptanz in den Bereichen Queer und Gender gefördert werden und so ein besseres und selbstverständlicheres Miteinander entstehen. Für die unterschiedlichen Alterszielgruppen benötigen wir adäquate Bildungskonzepte, um Zugänge, Sensibilisierung und Bewusstsein zu schaffen.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

### **Dringlichen Antrag**

1. Der Gemeinderat begrüßt die Idee der Beflaggung aller Straßenbahnen und Busse in Graz mit Regenbogenfahnen für 14 Tage im Juni (Mitte bis Ende Juni – zur CSD-Parade in Graz) und ersucht die zuständigen Stadtregierungsmitglieder, entsprechende Umsetzungsschritte zu setzen.
2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob allen Bibliotheken von Kindergärten, Volks- und Mittelschulen, sowie Jugendzentren queere und genderechte Kinder- und Jugendliteratur zur Verfügung gestellt werden kann. Weiters wird um eine Prüfung ersucht, wie Bildungseinrichtungen im Wirkungsbereich der Stadt Graz mit Antidiskriminierungsworkshops unterstützt werden können.
3. Bürgermeister Nagl wird ersucht, VertreterInnen aus dem Queerbereich zu einem Runden Tisch einzuladen und gemeinsam mit der Antidiskriminierungsstelle sowie den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen über die aktuelle Situation in Graz hinsichtlich Diskriminierung von LesBiSchwul-Trans-Intersexuellen Personen und über notwendige Präventionsmaßnahmen insbesondere im Bereich Information und Bewusstseinsbildung zu beraten.
4. Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, bei Treffen mit VertreterInnen von Städtepartnerschaften, die menschenrechtlich bedenkliche Verordnungen erlassen haben bzw. wo Homo-Bi-Trans-Intersexuelle Personen offen diskriminiert werden, strikt auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte hinzuweisen.